

STADT HAMELN

Abteilung/Aktenzeichen	Datum	Vorlagen-Nr.:
11 Zentrale Dienste	30.11.2011	174/2011

Antrag

Überschrift der Vorlage:	ö	nö	öbF
Erstellung einer Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Hameln nach Göttinger Vorbild - Antrag der Fraktion Piraten/DIE LINKE vom 22.11.2011 -	X		

Beteiligungen:

Abklärung DB am

STADT HAMELN

Abteilung/Aktenzeichen	Datum	Vorlagen-Nr.:
11 Zentrale Dienste	30.11.2011	174/2011

Fraktions-/Gruppenantrag

Überschrift der Vorlage:	ö	nö	öbF
Erstellung einer Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Hameln nach Göttinger Vorbild - Antrag der Fraktion Piraten/DIE LINKE vom 22.11.2011 -	X		

Beratungsfolge:

Abstimmungsergebnisse:				
Gremium:	Sitzungsdatum	Ja	Nein	Enth.
Verwaltungsausschuss	30.11.2011	0	0	0
Rat	14.12.2011	0	0	0

Beschlußvorschlag:

Die Verwaltung erstellt eine Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Hameln nach Göttinger Vorbild.

Begründung:

Informationsfreiheit ist ein demokratisches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für alle Bürger. Es schafft Transparenz und Vertrauen der Bürger gegenüber der Verwaltung.

Informationen, die in der öffentlichen Verwaltung vorhanden sind, werden mithilfe von Mitteln der Allgemeinheit beschafft oder erstellt, sodass die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse an diesen Informationen hat. Bürgerinitiativen und engagierte Bürger außerhalb von politischen Parteien erhalten Zugang zu Wissen für ihre Arbeit, Journalisten erhalten zuverlässiges Datenmaterial für ihre Recherche und Unternehmen können Informationen als wertvolle Entscheidungsgrundlage für ihre Personalpolitik oder Standortausbau nutzen.

In anderen Ländern wie z.B. Frankreich oder den USA gibt es bereits eine lange Tradition in Informationsfreiheit. In manchen Ländern wie Schweden oder Belgien ist die Informationsfreiheit sogar in der Verfassung verankert.

Für Bundesbehörden gilt der Grundsatz des Informationszugangs seit 2006 durch das Informationsfreiheitsgesetz, auf Landesebene gibt es entsprechende Gesetze in 11 Ländern.

In Kommunen verbreitet sich der Paradigmenwechsel ebenfalls. So erließen in den vergangenen Jahren die Kommunen Nürnberg, München und Pullach im Isartal Informationsfreiheitsatzungen auf Initiativen von den Grünen, SPD, CDZ und FDP.

Die Informationsfreiheitsatzung soll sich an der, der Stadt Göttingen orientieren, da dort die zu erwartenden rechtlichen Rahmenbedingungen durch Landesgesetze vergleichbar sind.

Wichtig ist es uns darauf hinzuweisen, dass Informationsfreiheit nicht im Konflikt mit dem Datenschutz oder dem Schutz öffentlicher Belange in Konflikt steht, da sensible und vertrauliche Informationen ausdrücklich von der Auskunftspflicht ausgenommen werden.

Anlage

«ANLAnlage»